

Katholische Nachrichten-Agentur (KNA)

Minderheitenbeauftragter gegen volksverhetzende Wahlplakate

Heidelberg (KNA) Der neue Beauftragte der Bundesregierung für die nationalen Minderheiten in Deutschland, Hartmut Koschyk (CSU), hat ein härteres Vorgehen gegen rassistische und volksverhetzende Plakate und Parolen im Wahlkampf gefordert. «Der Rechtsstaat muss wehrhaft sein, wir dürfen rassistische Parolen nicht einfach hinnehmen», sagte Koschyk am Freitag bei einem Besuch beim Zentralrat Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg. Die Gesetzeslage reiche nicht aus, vielmehr müsse es ein Nachjustieren der entsprechenden juristischen Instrumente für ein Verbot von rassistischer Wahlwerbung geben. Wichtig sei dabei eine sorgfältige fachliche Ausarbeitung, damit die neuen Regeln «verfassungsgemäß und gerichtsfest» seien.

Auch der Zentralratsvorsitzende Romani Rose forderte eine entschiedene Reaktion des Rechtsstaats, um volksverhetzende Wahlplakate zu verbieten: «Mit Blick auf den kommenden Europawahlkampf haben wir die große Sorge, dass es zu neuer Hetze gegen Minderheiten kommt.» Rose kritisierte zugleich den vom Bundesverfassungsgericht entschiedenen Wegfall der Sperrklausel bei der Europawahl. «Wenn nun jeder Extremist ins Parlament kommen kann, dann schwächt das die Demokratie in Deutschland und in Europa.»